

Sessionsvorschau

Empfehlungen der Raiffeisen Schweiz zu ausgewählten Geschäften der Sommersession 2026

Nationalrat

02. und 18. Juni 2026, Liste EFD

25.3314	Motion Grüne	Mit einer angemessenen Einlagensicherung das Vertrauen in die Banken stärken	Ablehnung
-------------------------	---------------------	---	------------------

Die Motion fordert, dass die Schweizer Einlagensicherung stärker auf grosse Banken ausgerichtet wird. Dazu sollen der Gesamtumfang der Beitragsverpflichtungen erhöht, eine ex-ante Finanzierung geprüft und eine Strategie entwickelt werden, wie die Einlagensicherung finanziert werden kann, falls die bestehenden Mittel nicht ausreichen.

Nach Einschätzung des Bundesrates würde jedoch ein weiterer Ausbau der Einlagensicherung keine Verbesserung bringen. In der Schweiz werden die Kundeneinlagen bereits durch ein dreistufiges Schutzsystem abgesichert:

1. Substanzschutz: Jede Bank muss Vermögenswerte in der Schweiz halten, die mindestens 125 Prozent der gesicherten Kundenguthaben entsprechen.
2. Konkursprivileg: Gesicherte Guthaben werden im Konkursfall bevorzugt behandelt.
3. Einlagensicherung: Reicht die Liquidität einer Bank nicht aus, stellen die übrigen Banken gemeinsam rund 7,9 Milliarden Franken bereit. Dies entspricht einem Deckungsgrad von 1,6 Prozent der gesicherten Guthaben und liegt im internationalen Vergleich bereits auf hohem Niveau. Zudem wird heute bereits etwa die Hälfte dieser Beitragsverpflichtungen im Voraus (ex-ante) finanziert.

Dazu kommt, dass bei systemrelevanten Banken wie Raiffeisen die Inanspruchnahme der Einlagensicherung äusserst unwahrscheinlich ist. Systemrelevante Banken müssen deutlich höhere Kapital- und Liquiditätsvorschriften erfüllen, was deren Stabilität zusätzlich stärkt.

Raiffeisen sieht deshalb in Anlehnung an die Position der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) keinen Bedarf für Anpassungen und empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Ständerat

18. Juni 2026

26.3409	Motion Sommaruga	Twint soll zu einem öffentlichen und kostenlosen E-Bezahldienst für Privatpersonen und den Handel werden	Ablehnung
-------------------------	-------------------------	---	------------------

Die Motion verlangt, dass das Bezahlsystem TWINT verstaatlicht und als kostenlose öffentliche Dienstleistung zur Verfügung gestellt wird. Zudem soll die Bargeldbereitstellung ebenfalls kostenlos erfolgen.

Die Schweiz verfügt über eine der modernsten und zuverlässigsten Zahlungsinfrastrukturen weltweit. Dieser Erfolg ist wesentlich auf den funktionierenden Wettbewerb zwischen verschiedenen Zahlungsanbietern zurückzuführen, der Innovation fördert und auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtet ist. Eine Verstaatlichung erfolgreicher Dienstleistungen würde diesen Wettbewerb untergraben und damit der Wirtschaft sowie der Bevölkerung schaden. Sie setzt ein problematisches Signal, indem unternehmerische Innovation und Leistung relativiert werden. Dies hätte negative Auswirkungen auf Investitionsanreize und würde die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz nachhaltig beeinträchtigen.

Raiffeisen lehnt deshalb die Motion in Anlehnung an die Position der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) ab.